

Angleichung

Die Landtagswahlen vom
14. Oktober

An die 20 Millionen Wähler in sechs Ländern, in Bayern und in den fünf neuen auf dem Gebiet der früheren DDR, haben bei den Landtagswahlen vom 14. Oktober ihre Stimme abgegeben. Nur eine Woche vorausgegangen waren die Nationalratswahlen in Österreich. Die Parteienstrukturen sind hier wie dort vergleichbar, jedenfalls wenn schon nicht in allem in ihrem aktuellen Profil, so doch in ihrem Werdegang und in ihrer traditionellen Gewichtsverteilung. Christlich-konservative (oder Christlich-soziale), Sozialdemokraten und Liberale als etablierte Parteien mit etwas ebenfalls schon etabliertem Grün im Hintergrund, eine Konstellation, die sich trotz abweichender Voraussetzungen auch schon auf dem Gebiet der DDR abzeichnet.

Aber welcher Kontrast! In Österreich schafften die von Affären und Korruptionsskandalen gebeutelten Sozialisten – sie wollen sich künftig wie ihre westdeutschen Genossen Sozialdemokraten nennen – entgegen allen Prognosen, indem sie den Wahlkampf in den letzten Wochen ganz zu einem Personenplebiszit für „ihren“ Kanzler Vranitzky stellten, zwar nicht den großen Sieg, aber eine solide relative Mehrheit, während der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der FPÖ des Rechtspopulisten *Jörg Haider* voll auf Kosten einer ÖVP ging, die mit ihrem 33-Prozent-Stimmenanteil nun in Gefahr ist, auf die Größe einer Mittelpartei zu schrumpfen und langfristig mangels Führungsfiguren und emotionalem Rückhalt in der Bevölkerung als eine bisher tragende politische Säule ganz zusammenzubrechen.

In *Bayern* indessen mit 54,9 Prozent trotz des Wiedereinzugs der Liberalen in den bayerischen Landtag ein Kantersieg der nach-straußschen CSU, als

ob es die Anfangsprobleme der Nach-Strauß-Ära und auch die hohen Verluste der CSU (bei gleichzeitigem, geradezu erdrutschartigem Anschwellen der Republikaner, die jetzt wieder knapp an der 5-Prozent-Klausel gescheitert sind, und damit sich wohl auch als gesamtdeutsche Partei so gut wie erledigt haben) bei den Europa- und bei den letzten bayerischen Kommunalwahlen nie gegeben hätte.

Die bayerische CSU also auch in der Nach-Strauß-Ära eine Partei voll in Saft und Kraft und eine, die beweist, daß in Bayern auch ohne Dauerfehden mit Bonn Staat zu machen ist; ihre österreichische Schwesterpartei, seit je nach innen behindert durch ihre bündische Struktur und nach außen durch ihr schwaches programmatisches und personelles Profil, ist hingegen in Gefahr, im Schlepptau einer für sie nachteiligen großen Koalition ihr traditionelles Gewicht endgültig an eine in Österreich staatstragende Sozialdemokratie und an die Nationalliberalen als aufstrebende Opposition zu verlieren.

Und in den Ländern der ehemaligen DDR? Dort sind die Ergebnisse vom 14. Oktober vor allem *im Blick auf mögliche künftige gesamtdeutsche Entwicklungen* wohl differenzierter zu sehen. Das Gesamtergebnis in den fünf neuen Bundesländern wurde fast übereinstimmend als großer Sieg der Christdemokraten gefeiert. Das Ergebnis für die CDU ist aber nur auf den ersten Blick großartig. Sie hat sich als Partei der relativen Mehrheit mit Ausnahme von Brandenburg behauptet. Sie kann (wenn auch in Mecklenburg mit einiger Mühe) in vier von fünf Ländern den Ministerpräsidenten stellen. Mit den dritten Wahlen – nach den Volkskammer- und den Kommunalwahlen – hat sich zweifelsfrei erwiesen, daß der überraschende Erfolg für die CDU am 18. März kein Zufallsergebnis war.

Das endgültige Scheitern der DSU an der 5-Prozent-Klausel dürfte der CDU nicht nur in den fünf neuen Bundesländern ein Problem weniger beschieren, sondern mittelfristig auch zur Entspannung zwischen CDU und CSU beitragen, zumal die CSU nach

dem Wahlsieg in Bayern nun wieder genügend Selbstbewußtsein aus dem eigenen Lande schöpfen kann und nicht auf Ausdehnungsabenteuer oder auf fragwürdige Satellitenparteien angewiesen ist. Insofern sieht es für die Union besser aus als für alle anderen Parteien.

Aber der Sieg ist keineswegs so überwältigend ausgefallen, wie er in den Tagen nach der Wahl vielfach dargestellt wurde. Die Christdemokraten haben – trotz Rückenwind durch die Bonner Einigungspolitik generell und durch den christdemokratischen Bundeskanzler speziell und trotz Fusion mit Demokratischem Aufbruch und Bauernpartei – gegenüber der Volkskammerwahl in Thüringen (–8,7), Sachsen-Anhalt (–6,1) und Brandenburg (–4,9 Prozent) beträchtliche Verluste erlitten. Und das außergewöhnlich gute Ergebnis für die CDU in Sachsen (53,8 Prozent) erscheint ebenso als personenbedingte Ausnahme (*Kurt Biedenkopf*) wie das SPD-Ergebnis in Brandenburg (38,3 Prozent) (mit *Manfred Stolpe* und dem ungeliebten und politisch überschätzten *Peter Michael Diestel* als Gegenkandidaten) und der hohe Stimmenanteil der FDP (13,5 Prozent) in Sachsen-Anhalt (mit dem dort nicht kandidierenden, aber allgegenwärtigen *Hans Dietrich Genscher*).

Die CDU hat sich im Bereich der früheren DDR auf gutem Niveau behauptet, vermochte aber ihr Wählerpotential (siehe die im Verhältnis zur Volkskammerwahl niedrige Wahlbeteiligung von unter 70 Prozent im Durchschnitt aller Länder) trotz der Hoffnungen, die in das unionsregierte Bonn gesetzt wurden, nicht stärker zu mobilisieren als die anderen Parteien. Ob sie sich dort aber auch schon endgültig etabliert hat, ist angesichts der noch vorherrschenden besonderen Konstellation (Bonn als Hoffnungsträger und *Helmut Kohl* als Kanzler der Einheit) offen.

Bezeichnender als der relative Sieg der Union ist die *erkennbar fortschreitende Angleichung der Parteienlandschaft* in den neuen Bundesländern an die Verhältnisse der „alten“ Bundesrepublik: Die CDU behauptet sich als Partei der

relativen Mehrheit; die SPD holt bei allerdings niedrigem Ausgangsniveau beträchtlich auf, die PDS verliert zwar an Boden, behauptet sich aber einstweilen; die Kräfte, die die friedliche Revolution in der DDR angeschoben haben, finden (soweit sie nicht in den Großparteien aufgegangen sind) weiterhin geringen Zuspruch, können sich fast durchwegs nur im Verbund mit den Grünen behaupten; die DSU hat ausgedient; die alten Blockparteien sind in den entsprechenden bundesrepublikanischen Schwesterparteien aufgegangen; die FDP beginnt sich auf einem ihrem Wähleranteil in der Bundesrepublik vergleichbaren Niveau zu stabilisieren.

So werden wenigstens eine Zeitlang als „Sondergut“ aus der ehemaligen DDR in der gesamtdeutschen Parteienlandschaft verbleiben eine parlamentarisch nicht bedeutsame, aber politisch vermutlich recht agile PDS am linken Rand und in spannungsreicher Kooperation mit den Grünen Reste des Bündnis 90. Diese Gesamtkonstellation wird nach der vom Bundesverfassungsgericht erzwungenen Änderung des Bundeswahlgesetzes auch die Gewichte im ersten gesamtdeutschen Bundestag bestimmen. Ansonsten wird die gesamtdeutsche politische Landschaft fast schon *auffallend* „bundesrepublikanisch“ *normal*. Vom Wahlsplitting wird – bewußt oder in Unkenntnis der Bedeutung der Zweitstimme – auch schon reichlich Gebrauch gemacht. Und das erste „Patt“ (in Mecklenburg) stellte sich ebenfalls schon gleich ein.

Die Aussichten der Bonner Koalitionsparteien, die nächste Bundestagswahl zu gewinnen, könnten nach dem Ergebnis vom 14. Oktober kaum besser sein (zu gut, als daß die Prognosen nicht noch zu Verlusten führen müßten). Ob aber die jetzt sich abzeichnenden Kräfteverhältnisse sich über die nächste Legislaturperiode hinaus bestätigen werden, ist damit nicht gesagt.

Der Prozeß der deutschen Einigung hat Risse und Klüfte im traditionellen Parteiensystem der Bundesrepublik überdeckt. Das Thema Erosion der Volksparteien ist aus der politischen

Diskussion vorübergehend verschwunden. Die Risse und Klüfte dürften aber bald wieder sichtbar werden, wenn in Deutschland mit der noch aufzuarbeitenden Erblast aus dem Bereich der ehemaligen DDR parteipolitischer Alltag eingekehrt ist.

Einer der interessantesten Punkte wird dabei sein, wie sich das *Verhältnis SPD-PDS* gestaltet. Gelingt es der SPD, die Wählerschaft der SED-Nachfolgerin aufzusaugen, oder wird die PDS zum Spaltpilz im linken Spektrum der SPD? Aber auch der *Union* ist der Status als „geborene“ Mehrheitspartei keineswegs gewiß. Es wird sehr darauf ankommen, wie sie die unterschiedlichen sozialen und regionalen Strebungen zu einem gesamtdeutschen Profil verarbeitet und dabei als „C“-Partei, die vorwiegend als *Partei der wirtschaftlichen Sachkompetenz* gewählt wird, eine dem Wähler vermittelbare Identität behauptet. se

Rückkehr von Haß?

Politikerattentate geben Anlaß, nach unseren Politikerwartungen zu fragen

Nach dem Attentat auf Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble*, erst wenige Monate nach dem in seinen Folgen glimpflicheren Anschlag einer Geistesgestörten auf den saarländischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten *Oskar Lafontaine* wurde im Entsetzen über die Tat, über das Schicksal des Betroffenen und die möglichen Folgen für die Politik in Deutschland nebst neuen Debatten über noch zu verbessernde Sicherheitsmaßnahmen auch die Frage gestellt, warum Politiker nicht nur in Gefahr sind, Opfer ideologisch und menschlich bankrotter Terroristen, sondern zunehmend auch von Psychopathen zu werden und ob diese Gefahr nicht auch zu tun hat mit dem öffentlichen Umgang mit Politikern (und spiegelverkehrt auch mit dem Umgang von Politikern mit der Öffentlichkeit).

Die Frage erscheint weit hergeholt. Es

ist riskant, wie es „Die Welt“ vom 15. Oktober tat („Man haßt hier wieder“), pauschal von „der Rückkehr von Haß“ in die politische Öffentlichkeit zu sprechen, und natürlich noch riskanter, gar Taten von seelisch Gestörten mehr oder weniger direkt darauf zurückzuführen. Der erkennbar sich ausbreitende Trend, richtungslos und ungezielt „die Politik“ oder „die Politiker“ für alle möglichen Mißstände haftbar zu machen (nicht nur allgemein, sondern auch persönlich), erklärt in keiner Weise, wieso psychisch oder geistig Gestörte sich Politiker als Mordopfer aussuchen.

Denn erstens ist – vom Problem der Schuldfähigkeit und der Schuldeinsichtigkeit einmal abgesehen – die Neigung, Politiker als die öffentlich faßbarsten Personen für alle wahrgenommenen, in ihren Ursachen aber nicht einsichtigen Übel verantwortlich zu machen, nicht neu, sondern war immer schon ein Stilmittel gesellschaftlicher Komplexitätsreduzierung des gemeinen Mannes. Von der Politik und von ihrem Lebensschicksal mehr oder weniger getroffene Bürger machen sich eben so ihr Bild der Wirklichkeit zurecht.

Zweitens gibt es – soweit zwischen individueller Pathologie und politisch/öffentlichem Anlaß überhaupt ein Zusammenhang herstellbar ist – näherliegende Erklärungsgründe dafür: die besondere Atmosphäre von Massenveranstaltungen mit dem politischen Akteur als personifiziertem Mittelpunkt übt auf seelisch Labile eine besondere Faszination aus und hilft unbewußt Hemmschwellen abzubauen; der Politikkontakt von selbstisolierten einzelnen über die Medien kann entsprechend disponieren; der Nachahmungsanreiz, der von einzelnen Gewalttaten ausgeht, ist bei pathologisch belasteten Personen offensichtlich groß.

Überdies: so haßerfüllt ist das öffentliche politische Klima nicht, daß dadurch speziell psychisch Labile zu Mordtaten animiert würden. Jeder diesbezügliche Vergleich des heutigen Deutschland (im Osten wie im Westen) mit Weimar, wie ihn der zitierte Kommentar der „Welt“ anstellte, ver-